

## BUNDESKANZLERAMT ■ ÖSTERREICH

WERNER FAYMANN  
BUNDESKANZLERAn die  
Präsidentin des Nationalrats  
Mag<sup>a</sup> Barbara PRAMMER  
Parlament  
1017 Wien

XXIV. GP.-NR

11616 /AB

03. Aug. 2012

GZ: BKA-353.110/0125-I/4/2012

zu 11795 /J

Wien, am 3. August 2012

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Stefan, Kolleginnen und Kollegen haben am 5. Juni 2012 unter der Nr. **11795/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Ausstieg Polens aus dem EU-Forschungsprogramm „INDECT“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 8:

- *Wie weit arbeiten öffentliche Einrichtungen in Österreich bei dem EU-Forschungsprojekt „Indect“ mit?*
- *Welche öffentlichen Einrichtungen in Österreich arbeiten bei dem EU-Forschungsprojekt „Indect“ mit?*
- *Ist ein Ausstieg aus diesem Forschungsprogramm geplant, nachdem auch Polen ausgestiegen ist?*
- *Wenn ja, wann?*
- *Wenn nein, warum nicht?*
- *Sehen Sie dieses Projekt genauso kritisch wie der polnische Innenminister?*
- *Meinen Sie nicht, dass es eine Einschränkung in den Bürger- und Freiheitsrechten der Österreicher geben könnte, wenn Österreich nicht aus diesem „Bürgerbespitzelungs-Projekt“ aussteigt?*
- *Oder nehmen sie diese Einschränkung der Bürger- und Freiheitrechte in Kauf?*

Wie bereits in der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage Nr. 7113/J dargelegt ist das Bundeskanzleramt mit dem Forschungsprojekt „INDECT“ nicht befasst.

Mit freundlichen Grüßen

